

[Startseite](#) | [Basel](#) | Basel-Stadt: Verwaltung wächst trotz 172 Mio. Outsourcing

Abo **Aufträge an private Firmen**

Bio-Rasenmähen, Badewasser-Kontrollen, Workshops: Dafür gibt Basel-Stadt 172 Millionen aus

Der Kanton wendet immer mehr Geld für externe Dienstleistungen auf, gleichzeitig beschäftigt er so viele Angestellte wie noch nie. Wie kann das sein?

Oliver Sterchi, Katrin Hauser, Alexander Müller

Publiziert heute um 05:59 Uhr



Rasenmähen ist nicht gleich Rasenmähen: In Basel erfolgt die Rasenpflege nach «biologischen Grundsätzen». Diesen Auftrag vergibt die Stadtgärtnerei jeweils an externe Firmen, die das entsprechende Know-how haben. (Symbolbild)

Foto: Imago



Hören Sie diesen Artikel:



00:00 / 10:23

1X

AI Voice by BotTalk**In Kürze:**

- Die Ausgaben der Basler Verwaltung für externe Dienstleistungen stiegen in den vergangenen Jahren auf 172 Millionen Franken.
- Gleichzeitig wuchs auch die Zahl der fest angestellten Mitarbeitenden beim Kanton markant.
- Experte Kuno Schedler warnt, dass Outsourcing tendenziell teurer sei als interne Lösungen.

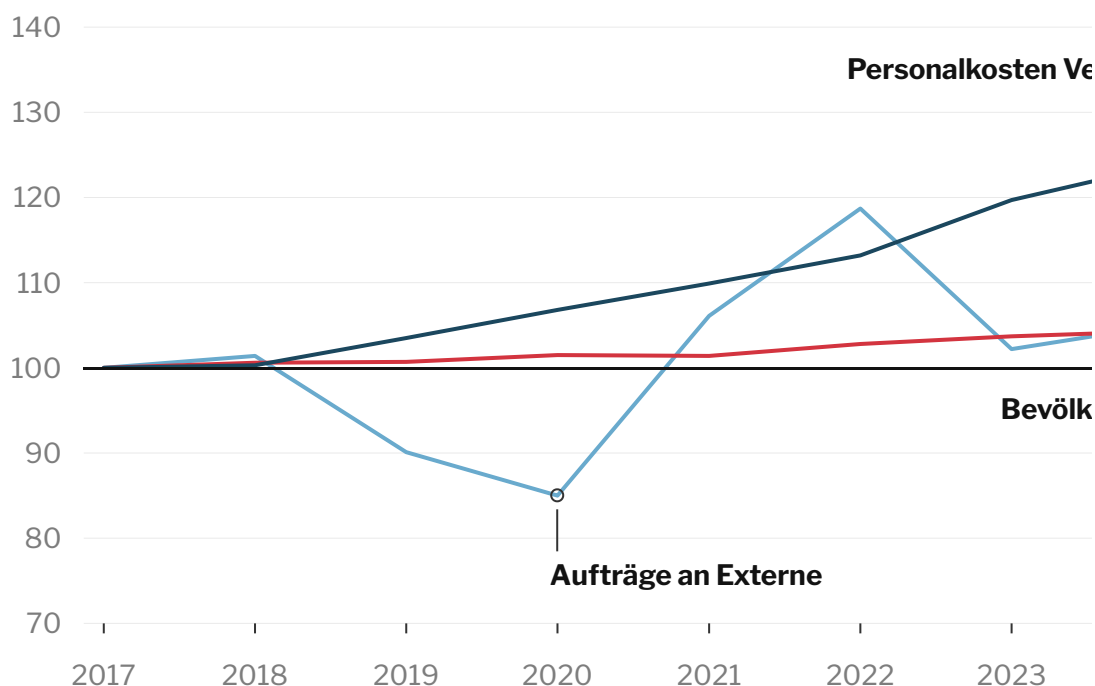
Die knapp 260 Mitarbeitenden der [Basler Stadtgärtnerei](#) jäten Unkraut auf den Friedhöfen, bewässern Bäume oder fegen im Herbst das Laub von den Strassen. Mit viel Hingabe und Fachwissen kümmern sie sich um das Stadtgrün. Doch etwas kann die Stadtgärtnerei nicht, nämlich die «mechanische Rasenpflege nach biologischen Grundsätzen». Diesen Auftrag vergibt sie seit zehn Jahren an externe Firmen.

Man könnte meinen, dass Rasenpflege in öffentlichen Parks zum Kernauftrag einer Stadtgärtnerei gehört, aber offenbar ist Bio-Rasenmähen komplexer als herkömmliches. Es erfordere «ein spezielles Fachwissen und einen speziellen Maschinenpark», teilt das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) auf Anfrage mit.

Der biologisch gehegte Rasen in öffentlichen Parks ist nur ein Beispiel von Hunderten Dienstleistungsaufträgen, die die Basler Verwaltung an externe Firmen vergibt. Diese Redaktion hat die Zahlen exklusiv ausgewertet. Im Jahr 2025 beliefen sich die Gesamtkosten für externe Aufträge auf 172 Millionen Franken. 2016 waren es noch 135 Millionen. Die Summe war in den letzten zehn Jahren einigen Schwankungen unterworfen, zeigt aber in der Tendenz nach oben.

Steigende Verwaltungskosten: Mehr Personal, mehr externe Aufträge

indexiert (2017 = 100)



Die externen Ausgaben variieren stark. Das Jahr 2025 etwa schlägt wegen des Eurovision Song Contest oben aus.

Zeitgleich hat auch die Zahl der Vollzeitstellen beim Kanton stark zugenommen. 2016 waren es noch 8006 Vollzeitstellen, 2025 bereits 9783, ein Plus von fast 22 Prozent. Die Personalausgaben stiegen im selben Zeitraum von 1,2 Milliarden auf knapp 1,6 Milliarden Franken.

Heisst also: Beim Kanton arbeiten immer mehr Leute, und trotzdem werden immer mehr Aufträge extern vergeben. Wie kann das sein? Und wohin fließt dieses Geld? Wir haben die Daten.

Outsourcing vom Kunstmuseum bis zum Herzstück

Viele externe Aufträge umfassen Kosten im sechsstelligen oder tiefen siebenstelligen Bereich. Für sich genommen mag das nicht viel Geld sein, doch in der Summe kommt ein beträchtlicher Betrag zusammen. Ein paar Beispiele:

- Das [Basler Kunstmuseum](#) zeigt zuweilen Bilder von unschätzbarem Wert. Der Transport dieser teils jahrhundertealten Meisterwerke erfordert logistische Finesse. Für «übrige Fremdtransporte» wendete das Kunstmuseum respektive das Präsidialdepartement im Jahr 2025 knapp 700'000 Franken auf, im Jahr zuvor rund 1,2 Millionen.
- Das Herzstück wird seit über 20 Jahren geplant – manche würden gar sagen: [«zu Tode geplant»](#). Das Projekt hat schon Heerscharen an Ingenieuren beschäftigt. Im Jahr 2025 gab das BVD in diesem Zusammenhang rund 985'000 Franken an externe Dienstleister aus.
- Gesundheitsprävention fällt in die Verantwortung des Gesundheitsdepartements (GD). Dieses gab letztes Jahr fast 340'000 Franken für «verschiedene Klassenworkshops, Rhythmikunterricht und Bewegungstreffen (Café Bâlace), Weiterbildungen für Fachpersonen sowie Elternkurse» aus.
- Das Erziehungsdepartement lässt das Badewasser der Schwimmbäder in den Schulhäusern und in der St. Jakobshalle durch einen externen Dienstleister kontrollieren. Kostenpunkt: 20'000 Franken pro Jahr.

Die 172 IT-Profis am Fischmarkt

Die zentrale IT-Stelle des Kantons (IT BS), die an das Finanzdepartement (FD) am Fischmarkt angegliedert ist, beschäftigte im Jahr 2025 insgesamt 172 externe IT-Spezialisten. Im Jahr zuvor waren es noch 131. Der reguläre Stellenetat bei IT BS beträgt demgegenüber 163 Vollzeitstellen. Die hohe Zahl an Externen fiel auch der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rats auf, als sie 2025 wie jedes Jahr die Basler Verwaltung auf [mögliche Missstände](#) [↗](#) hin durchleuchtete. In ihrem [Jahresbericht](#) zeigte sie sich «besorgt» über «das Ausmass der Abhängigkeit des Kantons von externen Anbietern und Fachkräften».

In der IT sei es zwar «branchenüblich», im Zusammenhang mit Projekten eine hohe Zahl an Externen zu beschäftigen. «Allerdings erscheint die Zahl der externen Spezialisten bei IT BS aus Sicht der

GPK dennoch hoch zu sein», halten die Oberaufpasser über die Verwaltung fest. Zumal von den 172 Externen lediglich 100 für Projekte eingesetzt werden, die anderen 72 arbeiten im operativen Betrieb. Die GPK fürchtet dabei insbesondere eine «mögliche Umgehung des Personalgesetzes und des Lohngesetzes».

Das FD verzeichnet von allen Departementen denn auch den grössten Anstieg der externen Ausgaben seit 2016: von 15 Millionen auf 36 Millionen Franken pro Jahr.

Basler Häftlinge in Schweizer Gefängnissen

Gemessen an den absoluten Zahlen ist das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) der Spitzenreiter innerhalb der Verwaltung. 2025 gab das JSD rund 51 Millionen Franken für externe Dienstleistungen aus, das ist fast ein Drittel der Gesamtsumme von 172 Millionen.

Ein erheblicher Teil dieser Summe wird für die Unterbringung von verurteilten Straftätern in ausserkantonalen Gefängnissen aufgewendet. Basel-Stadt hat selber nicht genug Haftplätze und hat sich deshalb mit anderen Kantonen zu einem Konkordatgeschlossen. So sitzen Basler Häftlinge auch in Lenzburg, Solothurn, Hindelbank oder Thorberg ein. Hinzu kommen jene Straftäter, die für einen Massnahmenvollzug in die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) eingewiesen wurden. Für die externe Unterbringung gibt das JSD jährlich rund 30 Millionen Franken aus.

Auch die Unterbringung von Asylsuchenden verursacht externe Kosten. Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) gab 2025 rund sechs Millionen Franken für den Betrieb und die Bewachung von Durchgangszentren und Flüchtlingsheimen aus. Diese Aufgaben werden an private Firmen wie die ORS Service AG ausgelagert.

Beim WSU haben sich die gesamten externen Ausgaben seit 2022 nahezu verdoppelt, von 11 auf 19 Millionen Franken. Diese Zunahme habe unter anderem mit den verstärkten Fluchtbewegun-

gen – Stichwort [Ukrainekrieg](#) – zu tun, teilt das WSU auf Anfrage mit. Dieser Bereich ist sehr volatil: Nach der Flüchtlingswelle 2015/2016 sanken die Asylzahlen in der Schweiz zwischenzeitlich, mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine nahmen sie wieder zu. Vormalig geschlossene Aufnahmezentren mussten wieder geöffnet werden.

Das sagt der Experte

Darf man sich über diese Zahlen aufregen?

Die Gesamtsumme von 172 Millionen Franken scheint tatsächlich hoch. Allerdings gestalten sich Vergleiche mit anderen Verwaltungen schwierig, da es in Basel keine separate Stadtadministration gibt. Kantons- und Stadtverwaltung überschneiden sich. Diese Konstellation gibt es sonst nirgendwo in der Schweiz, ein direkter Vergleich mit den Städten Zürich und Bern etwa ist also schwierig, da diese «nur» städtische Aufgaben zu erfüllen haben.

Die BaZ hat deshalb Kuno Schedler um eine Einschätzung gebeten. Der Betriebswirtschaftler ist Professor an der Universität St. Gallen (HSG) und leitet dort unter anderem das [Smart Government Lab](#) ⁷, das sich mit der Frage beschäftigt, wie die Innovationskraft und Dienstleistungsqualität von Verwaltungen verbessert werden kann.

Schedler sagt, es könne durchaus Sinn ergeben, gewisse Aufgaben auszulagern, «gerade bei Projekten, die vorübergehend den Einsatz von hoch spezialisiertem Wissen erfordern». Auch in Bereichen, die sehr volatil seien, biete sich eine Auslagerung an – etwa beim Betrieb von Asylheimen. «Die Asylzahlen schwanken erfahrungsgemäss stark, es kommt den Staat günstiger, wenn er dafür Firmen mandatiert, statt eigenes Personal anzustellen, das dann unter Umständen zu wenig ausgelastet ist.»

Gerade bei wiederkehrenden Tätigkeiten könne man sich aber schon fragen, ob eine Auslagerung die beste Option sei. «Tendenziell ist Auslagern nämlich teurer, als wenn man es selbst macht.»

Manche Verwaltungen würden auch infolge eines von der Politik verordneten Stellenstopps Aufträge einfach extern vergeben. Das dürfte zumindest in Basel-Stadt kaum der Fall sein, wo die Politik regelmässig neue Stellen bewilligt.

Schedler sagt denn auch: «Auch ein Stellenstopp bringt noch keinen Wachstumsstopp bei der Verwaltung. Die findet immer einen Weg. Wenn schon müsste man die Ausgaben deckeln.» In diese Richtung zielt auch eine Initiative der Jungfreisinnigen auf nationaler Ebene. Bei aller Kritik gibt es aber auch einen positiven Befund: «Die Schweizer Verwaltung gilt im internationalen Vergleich als eine der effizientesten überhaupt», sagt Schedler. Da genüge nur schon ein Blick auf die Nachbarländer.

NEWSLETTER

Guten Morgen Basel

Erhalten Sie die wichtigsten und spannendsten News aus der Region, der Schweiz, der Welt und dem Sport.

Weitere Newsletter

Abonnieren

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

17 Kommentare